

# 40. Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit Bundesminister Hubertus Heil

---

**Montag, 17. September 2018, 19:05 Uhr**

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Begrüßung

---

**Alfred Gaffal**

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
sehr geehrte Damen und Herren  
Abgeordnete aus dem Deutschen  
Bundestag und dem Bayerischen Landtag,  
sehr geehrter Herr Ehrenpräsident der vbw  
Prof. Rodenstock, lieber Randolph,  
liebe Kolleginnen und Kollegen aus  
Präsidium, Vorstand und Ehre senat von  
bayme vbm und vbw,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
  
herzlich willkommen zum  
40. Wirtschaftsgespräch der Vereinigung  
der Bayerischen Wirtschaft.

Begrüßung und Einführung Hubertus Heil

Ich freue mich sehr, heute den  
Bundesminister für Arbeit und Soziales  
Herrn Hubertus Heil zu begrüßen!

In unserem Einführungsfilm haben wir schon Einiges über Herrn Minister Heil erfahren. Ergänzen möchte ich noch, dass er bis heute als Befürworter der Agenda 2010 von Gerhard Schröder gilt, von der man leider mehr und mehr abrückt.

Meine Damen und Herren,

Sie alle wissen, dass wir als bayerische Arbeitgeberverbände in vielen Punkten andere Positionen vertreten als die Sozialdemokraten.

Das gilt vor allem für ihre gegenwärtige Politik in Berlin.

Dass sich Herr Heil heute dennoch der Diskussion stellt, wissen wir sehr zu schätzen!

Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
herzlichen Dank für Ihr Kommen!

Falsche Politik

Der deutschen und insbesondere der bayerischen Wirtschaft geht es gut.

- Die Konjunktur brummt,
- die Arbeitslosenquote ist niedrig
- und die Steuereinnahmen haben historische Höchststände erreicht.

Nach 8 Jahren Aufschwung ist der konjunkturelle Zenit aber überschritten. Unser wirtschaftlicher Erfolg bekommt Risse:

Von außen durch die weltweiten protektionistischen Tendenzen, die bereits verhängten Strafzölle, den Brexit und durch die instabile Lage in vielen Teilen der Welt – siehe Türkei, Russland und Iran.

Von innen durch viele falsche politische Weichenstellungen.

Meine Damen und Herren,

die gute wirtschaftliche Lage verführt zu Mehrausgaben.

Obwohl wir zu viel ausgeben, investieren wir zu wenig in die Zukunft. Wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder!

Was absolut unverständlich ist: Obwohl es uns so gut geht wie noch nie nach der Wiedervereinigung, bildet sich diese gute Lage nicht in der Stimmung der Bevölkerung ab.

Steigende Sozialausgaben

Die Politik der Bundesregierung ist aus unserer Sicht gekennzeichnet durch zusätzliche Regulierung der Unternehmen und steigenden Sozialausgaben.

Die Ausgaben für Soziales wachsen mittlerweile schneller als das Bruttoinlandsprodukt und könnten in diesem Jahr erstmals die Grenze von einer Billion Euro durchbrechen.

Allein die in dieser Legislaturperiode geplanten Leistungsausweitungen in der Sozialversicherung belaufen sich ab 2019 auf knapp 18 Milliarden Euro pro Jahr.<sup>1</sup> Es ist leider davon auszugehen, dass sich dieser Betrag noch deutlich erhöhen wird.

Gleichzeitig wird Bürgern und Unternehmen – trotz Rekordsteuereinnahmen – gesagt, dass kein Geld da ist für

- steuerliche Entlastungen, wie die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags oder die Senkung der Unternehmenssteuern,
- die Abschreibung bei der energetischen Gebäudesanierung
- oder die steuerliche Forschungsförderung, die im Koalitionsvertrag zwar angekündigt aber noch immer nicht auf den Weg gebracht wurde.

---

<sup>1</sup> Z.B. Mütterrente, Erwerbsminderungsrente, Pflegebeitragssatzerhöhung 0,3 %, Sofortprogramm Kranken- und Altenpflege, GKV-Parität.

Das passt nicht zusammen!

Hier muss grundsätzlich umgesteuert werden.

Obwohl wir wissen, dass der gegenwärtige, europaweit einmalige Wohlstand der Agenda 2010 geschuldet ist, wird diese Schritt für Schritt zurückgenommen.

Das wird sich rächen!

Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wieder in den Mittelpunkt rücken.

Nur so werden wir Wohlstand und Arbeitsplätze langfristig erhalten können.

Kritik am Arbeits- und Sozialministerium

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales steht ganz besonders für eine Politik der zusätzlichen Regulierung und steigenden Sozialausgaben.

Das war schon in der vergangenen Legislaturperiode so.

Leider setzt sich diese Politik auch in dieser Legislaturperiode weiter fort.

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

bei den Maßnahmen, die Sie in den letzten Monaten auf den Weg gebracht haben, sehen wir – ich muss es so deutlich sagen – sehr viel Schatten – und nur wenig Licht.

Rentenpaket

So sehen wir das Rentenpaket sehr kritisch.

Die nun beschlossenen Maßnahmen verursachen hohe Kosten, die hauptsächlich zu Lasten der jungen Generation gehen.

Rentengeschenke gleich welcher Art sind in Zeiten des demografischen Wandels Gift für die Zukunftsfähigkeit des Standorts!

Es ist höchste Zeit für eine ehrliche Diskussion in der Rentenpolitik, die auf den Fakten des demografischen Wandels beruht!

Brückenteilzeit

Kontraproduktiv ist auch der neue Anspruch für Arbeitnehmer auf eine begrenzte Verringerung der Arbeitszeit – die sogenannte Brückenteilzeit. Sie vergrößert die Probleme der Unternehmen in der Personalplanung.

Dieses Gesetz schafft massive bürokratische Belastungen, die vor allem für kleine und mittlere Unternehmen kaum zu bewältigen sind.

Sachgrundlose Befristung

In den nächsten Monaten wollen Sie, Herr Minister, außerdem einen Gesetzentwurf

zur Einschränkung der sachgrundlosen Befristung vorlegen.

Auch das bereitet uns Sorge.

Befristungen sind für Unternehmen ein wichtiges Instrument zu Flexibilisierung. Zudem liegen in befristeten Arbeitsverträgen große Chancen – gerade für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte.

Hinzu kommt, dass die Thematik künstlich aufgebauscht wird.

Befristungen sind kein Massenphänomen. Erstaunlich ist, dass die Privatwirtschaft dennoch im Kreuzfeuer der Kritik steht, obwohl ihre Befristungsquote nur bei sieben Prozent liegt. Im öffentlichen Dienst und im Non-Profit-Sektor sind es elf Prozent!

Bei allem Respekt: Der Staat muss zuerst vor der eigenen Haustüre kehren, anstatt ein neues Gesetz auf den Weg zu bringen, das dem Wirtschaftsstandort schadet!

Teilhabe-Chancen-Gesetz

Falsch ist aus unserer Sicht auch das  
Teilhabe-Chancen-Gesetz. Damit wird der  
Weg zur Errichtung eines sozialen  
Arbeitsmarkts geebnet.

Das ist fahrlässig! In Zeiten des  
Fachkräftemangels muss die Integration in  
den ersten Arbeitsmarkt oberste Priorität  
haben!

Zudem besteht die Gefahr, dass viele  
Menschen im sozialen Arbeitsmarkt nur  
„geparkt“ werden und Arbeitslosigkeit  
zementiert wird.

Wir fordern deshalb dringend,

- die Zielgruppen einzugrenzen,
- die Förderdauer zu reduzieren
- und regelmäßig zu prüfen, ob die  
Fördervoraussetzungen gegeben sind.

Qualifizierungsoffensive und Fachkräftemangel

Das sogenannte Qualifizierungschancengesetz aus Ihrem Haus geht dagegen im Grundsatz in die richtige Richtung.

Wir begrüßen die darin vorgesehene Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte, die damit richtigerweise stärker ausfällt, als im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Auch die in dem Gesetzentwurf ebenfalls vorgesehene Qualifizierungsoffensive ist von der Zielrichtung her richtig.

Wir müssen unsere Fachkräfte über alle Branchen hinweg fit für die Digitalisierung machen!

Der Ansatz zur Weiterbildungsförderung ist allerdings zu breit angelegt.

Es besteht die Gefahr, dass dadurch Weiterbildung wenig zielgenau mit der Gießkanne betrieben wird.

Der Bezug der Weiterbildung zum Betrieb darf keinesfalls verloren gehen!

Sonst finanzieren am Ende die Beitragszahler und die Unternehmen lediglich individuelle Weiterbildungswünsche.

Auch wenn die grundsätzliche Richtung des Gesetzes stimmt, so muss an dieser Stelle dringend nachgebessert werden.

Fachkräftesicherung / Zuwanderungsgesetz

Meine Damen und Herren,

die Fachkräftesicherung ist eine ganz zentrale Herausforderung für unser Land, gerade und insbesondere auch für uns in Bayern.

Die Arbeitslosenquote ist im Freistaat mit aktuell 2,9 Prozent so gering wie nirgendwo sonst in der Bundesrepublik. Darauf können wir stolz sein.

Das bedeutet aber auch, dass der Arbeitsmarkt nahezu leergefegt ist.

Politik und Wirtschaft sind hier gemeinsam gefordert, bei der Fachkräftesicherung alle denkbaren Potenziale auszuschöpfen.

Die vbw engagiert sich seit Jahren mit zahlreichen Projekten und wir werden unsere Anstrengungen in naher Zukunft noch einmal intensivieren.

Alle heimischen Potenziale zu nutzen, reicht aber allein nicht aus.

Wir begrüßen daher, dass mit dem Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz eine am konkreten Bedarf des Arbeitsmarktes ausgerichtete Zuwanderung erleichtert werden soll.

Die vorgelegten Eckpunkte enthalten richtige Ansatzpunkte. Jetzt gilt es, rasch in das Gesetzgebungsverfahren einzusteigen.

Wir dürfen aber die gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften nicht mit den Themen Asyl und Flucht vermischen – wie etwa in der aktuellen Spurwechsel-Debatte der Fall.

Es geht hier um völlig verschiedene Zielgruppen und Zielrichtungen.

Die Erfahrung zeigt, dass mit dem Asylthema das Thema Fachkräftemangel mittelfristig nicht gelöst werden kann.

Wenn wir alles in einen Topf werfen, gefährden wir damit auch die Erfolgsaussichten des Zuwanderungsgesetzes.

Unabhängig davon gilt es natürlich, so viele Geflüchtete wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Aber wir sollten unsere Kraft auf diejenigen konzentrieren, die rechtmäßig bei uns sind und die damit eine langfristige Bleibeperspektive haben.

Bayern handelt hier vorbildlich.

Die Initiative „IdA – Integration durch Ausbildung und Arbeit“ der Staatsregierung, der Regionaldirektion, der Kammern und der vbw ist ein großer Erfolg.

Durch diesen Kraftakt konnten wir

- 75.400 Flüchtlingen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung,
- rund 10.000 ein Ausbildungsverhältnis und
- 72.500 ein Praktikum vermitteln.

Lieber Herr Heil,

ein Schwerpunkt liegt in Ihrem und unserem Haus auf dem Thema „Zukunft der Arbeit“.

Die digitale Transformation eröffnet Arbeitnehmern wie Arbeitgebern große Chancen.

Um sie zu nutzen, brauchen wir aber entsprechende politische Rahmenbedingungen, die wir seit Langem anmahnen.

Wir sind froh, Herr Heil, dass Sie für die Chancen der digitalen Transformation eintreten.

Wir erwarten von der Bundesregierung aber mehr Mut zu einer fortschrittlichen Arbeitspolitik!

Handlungsbedarf besteht vor allem bei folgenden Punkten:

Erstens: Um die Digitalisierung erfolgreich zu gestalten, brauchen die Unternehmen mehr Flexibilität – vor allem bei der Verteilung der Arbeitszeit. Die tägliche Höchstarbeitszeit muss durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden!

Das heißt aber nicht, dass wir Rufen nach einer Wahlarbeitszeit nachgeben dürfen. Arbeitskräfte müssen dann verfügbar sein, wenn sie gebraucht werden!

Zweitens: Wir müssen die Mitbestimmung des Betriebsrats an die digitalen Realitäten anpassen.

Drittens: Die Bundesregierung muss Versuche unterlassen, die Tarifbindung gesetzlich zu erzwingen.

Die grundgesetzlich geschützte Koalitionsfreiheit umfasst auch die negative Koalitionsfreiheit! Daran ist nicht zu rütteln!

Es liegt an den Tarifparteien,  
wettbewerbsfähige Tarifverträge  
abzuschließen, die den Interessen von  
Arbeitnehmern und Arbeitgebern  
entsprechen!

Lieber Herr Heil,

erlauben Sie mir zum Abschluss noch eine  
Bemerkung: Wie gesagt, geht es uns in  
Bayern gut, sogar sehr gut.

- Die Wirtschaft ist international  
wettbewerbsfähig und wächst.
- Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie  
nirgendwo sonst in Deutschland.
- Die Steuereinnahmen sprudeln.

Dieser Erfolg geht unter anderem auf das  
gute Miteinander von Politik und Wirtschaft  
zurück.

Hier können Sie durch gute Rahmenbedingungen viel Unterstützung geben.

Wir brauchen keine zusätzliche Bürokratie und keine zusätzlichen Belastungen, sondern Visionen für den Standort Deutschland – damit wir unsere Spitzenstellung in der Welt behaupten.

Das kommt uns allen zugute.

Herr Minister, wir freuen uns auf Ihre Ausführungen!